



Bezugspreis vierteljährlich in Breslau bei Abholung in den Geschäftsstellen 6,50 Mk., in den Ausgabestellen 6,90 Mk., frei Haus 8 Mk., bei der Post 7,50 Mk., monatlich in den Geschäftsstellen 2,20 Mk., in den Ausgabestellen 2,30 Mk., frei Haus 2,50 Mk., bei der Post 2,60 Mk., wöchentlich in den Geschäftsstellen 65 Pf., frei Haus 70 Pf.

Einsendungsgebühr für die Litat. Seite oder deren Raum 50 Pf. (Abendblatt 60 Pf.), bei Anzeigen aus Schlesien und Posen 40 Pf. (beim 50 Pf.), im Morgenblatt für Wohnungsanzeigen 35 Pf., Stellengänge 25 Pf., Anzeigen an bevorzugter Stelle 2malige Zeit 2,50 Mk. (Schließen und Wöhen 1,50 Mk.).

Anzeigenannahme und Kettungsbestellung in der Geschäftsstelle Schweidnitzer Straße 47 (Fernspr. 1944 u. 4416 und in der Zweiggeschäftsstelle Kaiserstr. 17 (Fernspr. 12388). Fernspr. der Red. Nr. 2681 5722 u. 540 (letzte nur für den Stadtverkehr), der Handelsred. Nr. 4416. — Sprechst. der Red. 10—12 Uhr. — Telegr.-Adr.: Schleidenia. — Fotodruckfonto: W. G. Korn, Breslau 38

Erfolge unserer U-Boote.

W.B. Berlin, 18. Juni. (Amtlich.) Im Sperrgebiet des Mittelmeeres versenkten unsere U-Boote sechs Dampfer und vier Segler von zusammen 24 500 Brutto-Register-Tonnen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

W.B. Bern, 19. Juni. Die Pariser „Chicago Tribune“ meldet aus New-York vom 13. Juni, daß die norwegischen Dampfer „Vindeggen“ und „Sandredlung“ an der Küste von Virginia von einem Tauchboot versenkt wurden.

Die englischen Minen.

W.B. Berlin, 19. Juni. (Amtlich.) Nach einem Telegramm aus Stockholm hat der englische Gesandte in Stockholm über Minen im Kattegat folgende Erklärung abgegeben:

„Englische Minen sind im April dieses Jahres zwecks Verhinderung feindlicher U-Boote im Kattegat ausgelegt worden, aber in einer Tiefe von mindestens 85 Fuß, so daß sie für gewöhnliche Handelsfahrzeuge keine Gefahr bilden. Andererseits ist zur Kenntnis der britischen Seebehörden gekommen, daß vom 12. bis 15. Mai ein deutscher Kleiner Kreuzer, von U-Booten begleitet, östlich von Skagen operiert und offenbar Minen ausgelegt hat. Die britischen Marinebehörden würden ausdrücklich feststellen, daß keine britischen Minen in schwedischen Hoheitsgewässern ausgelegt worden sind.“

Hierzu wird folgendes festgestellt:

1) Nachdem bekannt geworden war, daß die Engländer den Versuch gemacht hatten, das Kattegat durch Minen zu sperren, haben wir uns zu entsprechenden Gegenmaßnahmen gezwungen gesehen. Mit der Durchführung dieser Maßnahmen wurde Mitte Mai begonnen, um den Engländern weitere Maßnahmen gegen unsere Kriegführung unmöglich zu machen. Hierbei ist auf die neutralen Hoheitsgewässer peinlichste Rücksicht genommen.

2) Von der schwedischen Regierung sind bereits im April Minen innerhalb ihrer Hoheitsgewässer gefunden. Von schwedischer Seite ist festgestellt, daß es sich um englische Minen handelte. Diesen Minen sind mehrere schwedische Fahrzeuge zum Opfer gefallen, wobei auch Menschenverluste zu beklagen waren.

3) Die Erklärungen des englischen Gesandten, daß die Engländer keine Minen in neutralen Hoheitsgewässern gelegt hätten, und daß sie bei Auslegung der Minen auf die Handelsfahrzeuge Rücksicht genommen hätten, entsprechen daher nicht den Tatsachen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Deutsche Geleitschiffe für holländische Schiffe.

W.B. Amsterdam, 18. Juni. Wie „Algemeen Handelsblad“ aus Rotterdam berichtet, sind die Verhandlungen zwischen der deutschen und der holländischen Regierung über Würgeschiffe für freie Schifffahrt von Holland nach Skandinavien sowie über die dafür erforderlichen Geleitschiffe zu einem günstigen Abschluß gebracht worden. Wenn die Niederlande sich zur Abgabe einer eidlichen schriftlichen Erklärung verpflichten, werden ihre Schiffe Geleitschiffe bekommen. Außerdem muß der Empfänger der Ladung eine gefesselte Verpflichtungserklärung unterzeichnen, die von der Handelskammer bezeugt werden muß. Obwohl die deutschen Behörden schon bereit sind, unter den erwähnten Bedingungen Geleitschiffe für Schiffe abzugeben, hat das Bureau für die Ausfahrt von Schiffen noch keine Anweisung vom Ministerium erhalten, die Ausfahrterlaubnis zu erteilen, es ist jedoch zu erwarten, daß die Anweisung nicht mehr lange auf sich warten lassen wird.

Die Bombenwürfe auf Lazarettanlagen.

W.B. Berlin, 18. Juni. Die Hebe der feindlichen Presse gegen die deutschen Flieger wegen der angeblichen planmäßigen Verwundung von Lazarettanlagen dauert an. Sie hat inzwischen auch auf die amerikanischen Blätter übergegriffen, und sogar in einzelne neutrale Zeitungen Eingang gefunden. Welchen Zweck diese Hebe gerade zu einer Zeit schwerster Niederlagen des französischen und englischen Feldheeres verfolgt, bedarf keiner Erläuterung. Aber Lügen werden durch Wiederholungen nicht zu Wahrheiten. Wir begnügen uns, diesen Lügen zwei neue und mit genauesten Einzelheiten belegte Tatsachen englischer Flieger gegenüberzustellen. — Am 21. Mai 1918 warfen feindliche Flieger um 8 Uhr morgens, also am helllichten Tage, zwölf Bomben auf den Hauptverbandspatz 250 Meter nördlich von Le Quesnel. Den Bomben fielen drei Mann zum Opfer. Der Verbandspatz ist durch eine große an einem Signalmast befestigte Neutralitätsflagge sowie durch ein auf Fliegerbild deutlich sichtbares rotes Kreuz auf weißem Grund gekennzeichnet, und liegt weit von jeder militärischen Anlage entfernt. — Am 8. Juni morgens trafen englische Bomben ein Lazarett bei Nieder-Teuch östlich Diebenhofen und töteten und verwundeten eine Anzahl Insassen.

Die Deutschehe in der Schweiz.

W.B. Bern, 18. Juni. (Schweizerische Depeschagentur.) Da dem Bundesrat zur Kenntnis gekommen ist, daß auf Behauptungen des Generals Blattes „La Suisse“ hin, nach denen der deutsche Militärrat Major von Bismarck sowie der deutsche Gesandte, Freiherr von Romberg, an dem Sponagefall Todus gegen die Schweiz beteiligt seien, von gewisser Seite eine Initiative ergriffen wurde zur Unterchristenjammlung zwecks Abberufung des deutschen Gesandten und des Militärrates, beschloß er, gestützt auf die Bestimmungen der Bundesverfassung sowie gestützt auf außerordentliche Vollmachten, die Durchführung der Petition auf Abberufung der beiden Herren zu verbieten. Insbesondere sind verboten Druck, Auslegen und Verbreiten von Unterschriftenbogen sowie das Sammeln derselben. Zuwiderhandlungen gegen das Verbot werden gemäß den Strafbestimmungen

Amfliche Kriegsberichte.

W.B. Großes Hauptquartier, 19. Juni.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Kege Erkundungstätigkeit der Infanterie. Teilangriffe des Feindes am Nieppe-Walde und nordöstlich von Bétune wurden abgewiesen. Der Artilleriekampf lebte nur in wenigen Abschnitten auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Südwestlich von Domniers scheiterte am frühen Morgen der Angriff französischer Regimenter am Nordostteil des Waldes von Billers-Cottreets. Am Tage mehrfach wiederholter Ansturm drückte unsere östlich von Montgobert vorrührende Linie etwas in das Innere des Waldes zurück. Im Clignon-Abschnitt, nordwestlich von Chateau-Thierry, stießen mehrere feindliche Kompagnien zum Angriff vor. Sie wurden von unseren Vorposten abgewiesen. Artillerie und Minenwerfer belegten mit starken Feuerüberfällen die feindlichen Anlagen bei Reims. Nachstoßende Infanterieabteilungen brachten etwa 50 Gefangene ein.

Gestern wurden 23 feindliche Flugzeuge und drei Fesselballone abgeschossen. Hauptmann Verthold errang seinen 35., Leutnant Beltjens seinen 22. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

W.B. Sofia, 19. Juni.

Mazedonische Front: Das Artilleriefeuer war westlich des Ochridasees und an mehreren Stellen im Gebirgen auf beiden Seiten zeitweilig heftiger. Westlich des Dobropolje zerstreuten wir durch Bombentreffer eine feindliche Sturmabteilung. Südlich von Humo von Zeit zu Zeit lebhaft beiderseitige Beschießung. Östlich des Warbar und an der unteren Struma wurden stärkere englische und französische Erkundungsabteilungen durch unser Feuer beritten.

für den Kriegszustand mit Gefängnis und Buße, für Ausländer außerdem mit Landesverweisung bis auf zehn Jahre bestraft. Die Kantonsregierungen sind angewiesen, die zirkulierenden Unterschriftenbogen sofort zu beschlagnahmen. Der Beschluß tritt am 17. Juni in Kraft. Außerdem hat der Bundesrat dem Blatte „La Suisse“ wegen der in den Nummern vom 10. und 11. Juni gegen den deutschen Gesandten und Militärattache erschienenen Veröffentlichungen eine ernste Verwarnung unter Androhung der Einstellung erteilt.

Unruhen in Zürich.

88 In Zürich hat eine Abordnung von weiblichen Organisationen beim Kantonsrat einen Empfang zur Förderung von Maßnahmen behufs Abhilfe der sozialen Mißstände erwungen. Der Kantonsrat trat gegen den Wunsch des Prääsidenten in eine Besprechung der Angelegenheit ein und beschloß, vom Bundesrat reichlichere Zuteilung von Lebensmitteln zu verlangen. Eine der Sprecherinnen der Frauenabordnung, eine Frau Rosa Koch, wurde von der Regierung des Kantons zum Mitglied des Ausschusses für die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln ernannt. Während dieser Verhandlungen kam es am Montag zu ersten Störungen. Die Veranlassung dazu gab die Verhaftung eines Jungburschen wegen Aufregung. Als die Verhaftung der zu vielen Hunderten vor dem Reichstag versammelten Menge bekannt wurde, zogen 300 Jungburschen, unter ihnen zahlreiche zweifelhafte Elemente, nach der Bahnhofstraße, stellten dort den ganzen Straßenbahnverkehr ein, beschimpften namentlich Fremde in unsfätiger Weise und zwingen sie zum Aussteigen aus den Autos. Dann zog die Menge zur Polizeistation, um den verhafteten Jungburschen zu befreien. Es entstand eine Schlägerei. Eine bereitgestellte Kavallerieabteilung verdrängte einzutreten. Die Menge hielt die Lore besetzt, die Offiziere mußten sich daher mit dem Revolver in der Hand den Weg bahnen. Die Kavallerie unterdrückte dann den Aufstand mit der blanken Waffe. Viele Leute wurden verletzt, die Rädelführer wurden verhaftet. Den Höhepunkt erreichte die Aufregung am Mittwoch nachmittag zum Dienstag. Dienstag nachmittags patrouillierte noch Militär in den Straßen der Stadt.

Osterreich-Ungarn.

Die Ernährungsschwierigkeiten in Osterreich.

Wien, 19. Juni. (Telegramm der Schles. Pta.) Die Bemühungen des Wiener Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, anlässlich der Kürzung der Brotration um die Hälfte von Ungarn und von Deutschland Aushilfe zu erhalten, hatten ein negatives Ergebnis. Generalquartiermeister Ludendorff, an den sich der Bürgermeister wandte, antwortete telegraphisch, daß von deutscher Seite mehr als getan worden ist, leider nicht zu tun möglich ist. Alle Getreideausfuhr aus Rumänien, Bessarabien und der Ukraine werden Osterreich-Ungarn überlassen und auch für die Westfront bestimmte Ausfuhrungen seien im April, Mai und Juni trotz eigener Schwierigkeiten zur Verfügung gestellt worden. Jetzt seien aber derartige Reserven nicht mehr vorhanden. Hoffentlich gelinge es, die Einfuhr aus Bessarabien und der Ukraine zu steigern und dann würden bald wieder große Mengen nach Osterreich gelangen können.

Verhandlungen mit dem Polenklub.

Wien, 18. Juni. Die deutsch-österreichische Korrespondenz meldet: Von polnischer Seite erfolgte bereits eine Fühlungnahme mit den deutschen Parteien. Die Polen von Bilinski, von Korytkowski und von Larnowski orientierten sich gestern bei dem Ministerpräsidenten von Seibler über die Absichten der Regierung. Zugleich wurde auch an die deutschen Parteien herangetreten, um sich über die Stimmung in diesem Lager aufklären zu lassen. Der Standpunkt der deutschen Parteien ist der, daß sie bereit sind, mit den Polen Verhandlungen aufzunehmen, wenn entsprechende Verhandlungen über die Krainauer

Beschlüsse erfolgen. Bezüglich der Parlamentssession bestehen die Deutschen darauf, daß ein Regierungswechsel im gegenseitigen Augenblick nicht erfolge. Die Fühlung bleibt aufrecht. Die Besprechungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Unsere Kriegsziele.

* Lord Milner, Mitglied des englischen Kriegskabinetts, hat in voriger Woche in einer Londoner Versammlung das Schreckgepenst eines deutschen Friedens gemalt, der für die Entente Knechtschaft bedeute. Er sagte u. a.:

Deutschlands Ideale von der Zukunft der Menschheit sind ein zentraluropäischer Block von unwiderstehlicher Macht, unterstützt von der riesigen Industrie, die ihre Rohstoffe aus der ganzen übrigen Welt unter den von Deutschland gestellten Bedingungen bezieht. Wir würden auf diese Weise einen Frieden mit geknechteten Staaten, die zum Vorteil eines großen, übermächtigen Staates arbeiten würden, erhalten. Dies ist der deutsche Friede, wie wir ihn durch Rußland und Rumänien illustriert sehen. Dies ist die Zukunftsmision von Deutschlands Seele, die heute davon beherrscht wird, durch immer weitere Meere von Blut zu waten. Es ist absolut sicher, daß dieses Ziel unerreichbar ist.

Der österreichisch-ungarische Minister des Äußeren, Graf Burian, hat darauf in einer Unterredung mit dem Vertreter des dem Wiener Auswärtigen Amte nahestehenden „Fremdenblattes“ folgendes erwidert:

Die Rede Lord Milners gestattet wieder einmal einen tiefen Einblick in die Psyche unserer Feinde. In dieser Rede kommt neuerlich das Bedürfnis unserer Gegner zum Ausdruck, die Kriegsziele der Mittelmächte als Ausfluß der den Deutschen unterschobenen Absicht hinzustellen, eine Weltknechtschaft aufzurichten, und zwar eine Knechtung nicht allein der Gegner, sondern auch der eigenen Bundesgenossen. Als Illustration dieser Herrschaftsgelüste werden neuesten unsere Friedensverträge mit Rußland und Rumänien hingestellt. Ja, sind denn durch den Friedensschluß mit der Sowjetrepublik Rußen unter Fremdherrschaft gekommen? Oder hätte etwa ein siegreiches England die Felsonie eines Bundesgenossen milder behandelt, als wir es Rumänien gegenüber taten? Aber das sieht unsere Gegner nicht an und durch schaurige Ausmalung der Konsequenzen dieser uns angedichteten Absicht auf Knechtung der Welt soll den Völkern der Entente die Notwendigkeit des Verzweiflungskampfes bis zur völligen Erschöpfung bewiesen werden. Daß dabei fast immer nur von Deutschland die Rede ist und fast gar nicht von Osterreich-Ungarn erklärt sich aus der erwähnten These zur Genüge.

Die völlige Einigkeit unserer Gruppe im Kampf und in den Kriegszielen ist unsere Stärke, an der unsere Gegner trotz aller bisher vergeblichen Versuche zu rütteln nicht aufhören wollen. Wo Lord Milner von Deutschland spricht und unserer so nebenbei als dessen Opfer gedenkt, dort tut er selbst das, worüber er sich mit den Worten beschwert, daß nämlich (auf Seite der Mittelmächte) versucht werde, „eine alliierte Nation gegen die andere aufzuheben.“ Nun, bei uns wird ihm dies nicht gelingen.

Das „deutsche Joch“ ist für Osterreich-Ungarn das Joch der beiderseitigen felsenfesten Freundschaft und vollen Rücksichtnahme auf die Interessen beider Teile. Anders wäre das Verhältnis zwischen Osterreich-Ungarn und Deutschland nicht einen Augenblick möglich. Muß man denn noch immer das oft gehörte Wort zitieren: Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Schlächter selber? Wir haben glücklicherweise schon lange das, was Lord Milner an der Entente rühmt, den wertvollen Besitz „der moralischen Einigkeit der einer gemeinsamen Sache hingegebenen Alliierten. Wir wollen gemeinsam tragen und gegeneinander nachsichtig sein bis zum siegreichen Ende.“

Was nun die angeblichen Weltknechtschaftsziele der Mittelmächte und deren Bedürfnis betrifft, „durch immer weitere Meere von Blut zu waten“, so möge Lord Milner denn doch einmal den aufrichtigen Versuch machen, sich darüber des näheren zu erkundigen. Er wird erstaunt sein, wie himmelweit unsere Ziele von jenen entfernt sind, die unsere Gegner der Welt immer wieder als die unserigen vorzutauschen suchen und die sie wie ein Schreckgemälde an die Wand malen.

Darin, daß diese uns unterschobenen Ziele unerreichbar sind, stimme ich Lord Milner ohne weiteres zu. Aber ich kann ihn versichern, daß es in den Zentralmächten — und hier darf Osterreich-Ungarn trotz Lord Milner auch im Namen Deutschlands sprechen — keinen Menschen mit gefunden Sinnen gibt, der sich ein ähnliches Ziel auch nur in seinen verwegentesten Träumen gesetzt hätte.“

Wir stimmen den Ausführungen des Grafen Burian sachlich vollkommen zu. Aber wir glauben, daß es sich erübrigt, den Feinden fortgesetzt unsere Bedingungen als staunenswert billig anzupreisen, nachdem die Mittelmächte wiederholt durch offiziellen Mund erklärt haben, daß sie einen für alle Teile annehmbaren und ehrenvollen Frieden anstreben. Das kann jedenfalls kein Frieden der Knechtschaft sein. An unseren Feinden ist es jetzt, uns vernünftige Vorschläge zu machen, ohne daß wir sie immer wieder dazu einladen, was sie uns doch nur als Schwäche auslegen.

Rumänien.

W.B. Bukarest, 18. Juni. Demeter Dobrescu, der sein Amt als Justizminister niedergelegt hat, ist zum Senatspräsidenten gewählt worden. Als sein Nachfolger wurde der bisherige Generalsekretär des Ministeriums des Innern, Wittilincu, zum Justizminister ernannt. Der bisherige Handelsminister Meisner ist zum Präsidenten der Kammer gewählt worden und an seine Stelle ist der ehemalige Bürgermeister von Bukarest Prinz Gregor Cantacuzeno getreten. Zum Minister für Landwirtschaft und Domänen ist der bisherige Generalsekretär Carolid ernannt worden. Dieses Ministerium ist bisher vom Ministerpräsidenten Marghiloman interimistisch geleitet worden. Der Minister des Äußeren Constantin Arion ist zum Vizepräsidenten des Ministerrats ernannt worden.

Scheidemann auf dem Friedenspfad.

Kurz nach den Vertretern der österreichischen Sozialdemokratie ist auch Herr Scheidemann nach Holland gefahren, um dort mit dem Vorsitzenden des Internationalen sozialistischen Komitees, dem holländischen Genossen Troelstra, in Besprechungen über den Frieden einzutreten. Wie es den Umständen hat, stehen wir hier vor dem Anfang einer neuen Bewegung der sozialistischen Internationale, um Friedensverhandlungen in Gang zu bringen. Die „Natlib. Corr.“ weist demgegenüber warnend auf die Erfahrungen hin, die man mit den früheren Friedenskonferenzen gemacht habe. Daß es auch diesmal nicht anders ausgehen werde, scheint ihr aus folgenden Gründen klar:

Tatsache ist zunächst, daß die Sozialdemokratie der neutralen Länder genau so wie früher ein Werkzeug der Entente geblieben ist. Der holländische Genosse Troelstra ist nicht in demselben Maße durch eine ausgeprägte Ententeunabhängigkeit befreit, wie es Branting als Leiter der Stockholmer Konferenz seinerzeit war. Jedoch nicht auch er, wie das gesamte internationale sozialistische Komitee, im Sinne der Schlagworte, die die Entente gegen uns immer noch im Munde führt. Wir wissen also nach wie vor, daß die Sozialdemokratie der neutralen Mächte auch in diesem Falle zwischen der deutschen Sozialdemokratie und den Sozialisten der Entente niemals ein ehrlicher Makler sein, sondern immer den Versuch machen wird, die Parteien der Entente gegen uns auszuspielen. Unabstreifbar ist eine zweite Tatsache. Die Sozialisten der Entente sind auch heute noch einer ehelichen Friedensbereitschaft so fern wie damals in den Stockholmer Tagen. Von den ausschlaggebenden Mehrheiten gilt das unbedingt. Als kürzlich eine Abordnung der kriegsheerischen amerikanischen Sozialisten in England und Frankreich Besuche machte, feierte sie in beiden Ländern Triumphe. In derselben Nummer, in der der „Vorwärts“ die holländische Reize des Abgeordneten Scheidemann bespricht, teilt er von einer Sitzung der englischen Eisenbahnarbeiter ein bezeichnendes Wort mit, das dort gefallen ist. Es klang nicht nach Friedenssehnsucht, sondern es forderte Fortsetzung des Krieges, bis der „rafernde Stier“, der jetzt „Amol laufe“, zum Stehen gebracht sei. Was wollen neben solchen Bekenntnissen die Stimmen der Gemerdschaft besagen, die in Frankreich in sozialistischen Kreisen gegen Clemenceau laut werden? Die wahre Stimme der Entente-sozialisten spricht immer noch aus dem englischen Arbeitersekretär Thomas, von dessen Lippen das Wort vom rafernden Stier gefallen ist, und nicht aus dem französischen Genossen Renaudel, der Clemenceau die Hölle heiß macht. Die Entente will die deutsche Friedenszunge wieder tönen und zum Sprechen bringen. Sie braucht einen Stachel, um die Stimmung ihrer Völker, die unter den wiederholten Schlägen unserer Offensivtöne müde und müde zu werden beginnt, zu reizen und aufzufrischen. Wollen die deutschen Sozialdemokraten ihr mit Hilfe der „neutralen“ Internationale dieses Reizmittel in die Hand geben? Auf dem Wege, den Hindenburg vor sich sieht und den er geben wird, liegt der unvermeidliche Zusammenbruch der feindlichen Widerstandskraft. Schwäbige Seitenhiebe, die Herr Scheidemann von diesem einseitig gangbaren Wege versuchen sollte, können unserem Friedensziel nur schaden.

Für die Reichstagsabgeordneten, namentlich für die zur sog. Mehrheit gehörenden Zentrumsleute und Nationalliberalen, muß es ein recht erhebendes Gefühl sein, daß der durch ihre kräftige Mithilfe soeben erst auf den Platz des Vizepräsidenten des Reichstags gehobene Scheidemann den Ort seines Wirkens schleunigt verläßt, um sich der viel wichtigeren Aufgabe zu widmen, mit Hilfe der deutschfeindlichen Noten Internationale an einem Frieden zu arbeiten, der lediglich im Sinne unserer Feinde ausfallen würde. Mag auch der neue Versuch ausgehen wie die früheren, beschämend bleibt doch es für das Deutsche Reich, daß ausgerechnet ein Mitglied des Präsidiums seiner Volksvertretung als Vertreter des Verzichts-friedensgedankens im Auslande wirken darf.

Polnische Unmähung.

Unter der Überschrift „Aufhebung“ bringt der „Dziennik Bydgoski“ (Bromberg) Angriffe auf den Deutschen Ostmarkenverein wegen der Abhaltung des „Deutschen Tages“ dajelbst und fordert gebieterisch, daß die Behörden „der nationalpolnischen Heße ein Ende machen“. Dazu hätten die Polen das Recht, denn sie müßten Herben von Stahl und seelisches Gleichgewicht haben, um gegenüber „dieser Ausschreitung“ Ruhe zu bewahren, und sich nicht aus dem einmal eingenommenen Standpunkt herausdrängen zu lassen.

Dabei haben doch gerade ihre Abgeordneten im Reichstag wie im Landtag — Sedza, Trampejnski, der Seppriester Stichel und besonders Koranyi, von dem das Blatt behauptet, daß „seine bekannten Lieben ohne Zweifel überall ein Echo gefunden haben, wo polnische Herzen schlagen“, — Preußens Regierung und Volk in der allerhöchsten Form angegriffen und die dreifachen Forderungen gestellt. Ferner haben die Polen in den Provinzen Schlesien, Posen und Westpreußen, ja sogar in durchaus deutschen Provinzen, wie in Rheinland und in Westfalen, erst vor kurzem überall Kosciuszka-Feste, in Posen sogar in der heranzufordernden und den Staat geradezu verhöhnenden Weise gefeiert, und schickten sich jetzt an, die Dombrowski-Feier ebenso zu begehen. Sie verlegen diese nun, da die Regierung sie verboten hat, in die Kirche.

Beachtenswert ist, was der „Dziennik Bydgoski“ bei dieser Gelegenheit über unsere Soldaten polnischer Zunge schreibt. Nachdem er von dem Burgfrieden gesprochen hat, den die Verbände in der Annahme verkündete, daß die Polen nicht der mannigfachen schweren Kränkungen in einem Augenblick gedenken sollten, wo es für die Polen darauf ankommt, der Regierung Mutopfer zu bringen, fährt er fort:

„Wer nur einigermaßen gerecht zu fühlen vermag, der kann leicht beurteilen, wie groß dieses Opfer aus polnischer Seite ist; denn es ist nicht schwer, sein Blut für das geliebte Vaterland hinzugeben, aber um sein Leben für jemand zu opfern, von dem man nur Kränkungen erfährt, dazu gehört mehr als christliche Gelassenheit; dazu gehört ein solcher politischer Verstand und ein solches ausdrückliches Beharren auf staatsrechtlichem Boden, wie es die polnische Gesellschaft in Preußen betreiben hat.“

Wann und wo hat die polnische Gesellschaft in Preußen — soll heißen Führer und Presse — christliche Gelassenheit und politischen Verstand an den Tag gelegt? Wie sieht das Beharren der Polen auf staatsrechtlichem Boden aus? Das Bromberger Polenblatt schlägt hier denselben scheinheilig-annähernden Ton an, der in den Reden der polnischen Abgeordneten zu finden ist, als ob es nur von der polnischen Gesellschaft abhinge, ob die Preußen polnischer Zunge treue Untertanen wären oder nicht.

In dem völkerverklügelten Österreich erleben wir ja soeben das schmachtvolle Schauspiel, daß polnische Soldaten, von gebildeten sogenannten Patrioten verführt, nachts zum Feinde überlaufen wollten, zur rechten Zeit aber noch entwisst und festgenommen wurden, und nun, nach Langam übergeführt, dort vor Militärgerichten sich zu verantworten haben und ihr Urteil empfangen werden.

In Deutschland und Preußen ist es Gott sei Dank anders. Wir sind ein Nationalstaat, und der Pole lebt, so sehr ihn auch die Geistlichkeit und die lebenden Marxistskibereinsamler im Munde mit der Presse zusammenzuschmeißen und in stete Aufregung zu versetzen suchen, überall in den gemäßigtesten

Provinzen, außer in der Stadt Posen, wo immerhin die deutsche Minderheit ziemlich stark ist, selbst in der Minorität. Aber wie er im Gegensatz zu Galizien und dem Weichsellande hier eine ordentliche allgemeine Bildung in der deutschen Schule, so sehr lie die Polen auch verurteilen, empfangen hat, an Gefolgschaft und Ordnung gewöhnt worden ist, so ist er auch in der preussischen militärischen Zucht zu einem tüchtigen Soldaten herangebildet worden, der seine Pflicht tut. Er weiß weiter auch, daß es für ihn wie für seine deutschen Kameraden gilt, mit dem Vaterlande Haus und Hof, Weib und Kind zu verteidigen, und wenn gewissenlose Volksverführer es versucht haben, ihn diese Pflichten vergessen zu machen, so zeigte ihm das Beispiel, das die lieben Freunde jener, die Russen, ihm in Galizien und im Weichsellande gegeben haben, wo sie plünderten und raubten, und bei ihrem Abzug noch zahlreiche Dörfer niederbrannten, und Männer, Weiber und Kinder zu Tausenden mit sich fortzuschleppen und nicht selten umkommen ließen, was ihm und den Seinen bevorstand, wenn er nicht mit seinen deutschen Kameraden seine Soldatenpflicht erfüllt. Denn wenn er fern von diesen Heeren ist, dann fühlt sich auch der gemeine polnische Mann, eben weil er die Wohlthaten des geordneten und nach festen Gesetzen regierten Staates zu schätzen weiß, als Preuze. Aber das ist diesen Volksverführern ein Dorn im Auge, und darum muß das arme polnische Volk auch weiterhin auf jede nur denkbare Weise verhetzt werden.

Rußland.

W.W. Moskau, 16. Juni. Tschitschewin hat den Vertretern der Entente eine Note überreicht, in der mitgeteilt wird, daß die härtesten Maßnahmen zur Unterdrückung des tschechoslowakischen Aufstandes getroffen sind. Dies könne nicht als eine feindliche Aktion gegen die Entente betrachtet werden, denn eine andere Handlungsweise gegenüber den tschechischen Truppen sei für den Rat der Volkskommissare nicht zulässig.

Moskau, 18. Juni. Bei der Unterdrückung der tschechoslowakischen Erhebung ist die Regierung entschlossen, nicht nur auf die Interessen der föderativen Sowjet-Republik, die gebieterisch eine Unterdrückung des ganzen Aufstandes auf russischem Gebiet verlangt, Rücksicht zu nehmen, sondern sich auch bei ihrem Vorgehen von den Grundfäden der Menschlichkeit leiten zu lassen, die eine Bestrafung der gesamten tschechoslowakischen Massen gestattet, die durch die Agitation der gegenrevolutionären Eliten in das Abenteuer hineingerissen sind. In übereinstimmung mit den interessierten Gruppen wird die Sowjetregierung einen Plan zur Lösung der tschechoslowakischen Frage aufstellen, sobald die Aufständischen auf ihre sinnlosen Handlungen verzichten. Auf den Schauplatz der Erhebungen werden Vertreter der Sowjetgewalt entsandt sowie die Vertreter der tschechoslowakischen Verbände, die sich der Lage bewußt und gegenüber den russischen Sowjets loyal sind.

Verschiedene Mitteilungen.

ap. Von der neuen Kaiser- und Volkshymne. In einer Beratung der Petitionskommission des preussischen Abgeordnetenhauses über die Einführung einer neuen Kaiser- und Volkshymne hat ein Regierungsvertreter folgende Erklärung abgegeben: Nach vielen Hunderten die Dichtungen und Tonschöpfungen, die namentlich in den Jahren 1914 und 1915 an Allerhöchster Stelle, beim Kultusministerium, beim Kriegsministerium, bei der Kommission für das Kaiserliche Volksliederbuch wie bei anderen Stellen mit dem Ersuchen um Förderung vorgelegt worden seien. Auf Grund sachverständiger Prüfung habe bei aller Anerkennung der zugrunde liegenden vaterländischen Absichten keinem dieser Gesuche Folge gegeben werden können. Allgemein habe die mit solchen Fällen wiederholt besetzte Musiksektion des Senats der königlichen Akademie der Künste betont, daß es schwer sei, eine Stelle der musikalisch bedeutenden von Beethoven mehrfach verwendeten, in das Bewußtsein des Volkes übergegangenen Melodie zur Kaiserhymne eine Neuschöpfung zu setzen. Dem seien hervorragende Musikgelehrte und Kenner des Volksliedes beigetreten. Sie bemerkten, daß nur solche Schöpfungen in Frage kommen könnten, die von sich aus die Kraft bewiesen im Leben des Volkes Wurzeln zu fassen. Neuerdings habe ein kleiner Kreis namhafter Männer zur Schaffung einer Nationalhymne öffentlich aufgerufen. Unter den eingegangenen rund 3200 Dichtungen fanden sich neben vielen Wertlosen einige wenige beachtliche vaterländische Lieder. Eine Nationalhymne sei nach dem Urteil des Prüfungsausschusses auch hierunter kaum; doch sollten die Bestrebungen fortgesetzt werden. Die Staatsregierung werde diese Bewegung sorgfältig zu beobachten und wohlwollend zu fördern haben. Eine Grundlage zu eigenem Vorgehen würde erst dann gegeben sein, wenn es gelänge, ein Werk zu schaffen, das aus sich Geltung im Volke erlange könne. Denn nur eine nationale Überzeugung könne eine Nationalhymne tragen.

§§ Die Nationalliberalen und die Wahlrechtsfrage. Der Geschäftsführende Ausschuss der Nationalliberalen Gesamtpartei hat gegenwärtig die Einberufung des Zentralvorstandes der Partei zur Besprechung der Wahlrechtsfrage für unnötig erklärt. Dagegen sind in der Provinz Pommern die nach der Parteiführung erforderlichen zehn Unterschriften für den Antrag auf Einberufung des Zentralvorstandes bereits zusammengebracht worden. Die Leitung der nationalliberalen Partei der Provinz Pommern hat daraufhin die schließliche Einberufung des Zentralvorstandes für unerlässlich erklärt.

§§ Die Entschuldung der Beamten. Zur Abtragung der von den preussischen Staatsbeamten während des Krieges mitgebrachten aufgenommenen Schulden ist, wie der „Voss. Ztg.“ mitgeteilt wird, von der Regierung folgende Entschuldungsaktion in Aussicht genommen: Der Staat stellt zehn Millionen Mark zur Verfügung, die von Spar- und Darlehensvereinen als Kredit gegeben werden. Als Verzinsung werden 2½ Proz. beansprucht. Die Ausleihung kann auch ohne besondere Bürgschaft erfolgen, wenn es sich nicht gerade um kreditunwürdige Beamten handelt. Jedoch soll Geld ohne Bürgschaft nur bis zu 40 Proz. der bereitgestellten Staatsgelder gegeben werden. Die Tilgung der Darlehen seitens der Beamten hat auf Verlangen frühestens zwei Jahre nach Abschluß des Krieges und dann in einem Zeitraum von 5 bis 10 Jahren zu erfolgen. Nach Abschluß des Krieges darf dem Gesuch um Darlehen nur noch innerhalb dreier Jahre entsprochen werden. Die Rückzahlung des Darlehens bewilligten Guthabens an den Staat hat spätestens 15 Jahre nach Friedensschluß zu erfolgen. Von der Summe werden nur 85 Proz. zurückgezahlt. Die „Voss. Ztg.“ bezweifelt, ob die zehn Millionen ausreichen werden, erwartet aber gleichzeitig als sicher, daß auch das Reich dem Vorgehen Preußens folgen werde.

W.W. Genf, 18. Juni. (Agence Havas.) General Franchet d'Esperey wird an Stelle des Generals Guillaumat dem Oberbefehl der Orientarmee übernehmen.

Die holländische Regierung hat das Hotel des Indes im Haag angekauft. Zuerst wurde angenommen, daß eins der vielen durch den Krieg notwendig gewordenen neuer Regierungsämter in diesem Hotel errichtet werden solle. Jetzt stellt sich heraus, daß die Regierung das Hotel als solches zu führen gedenkt. Als Grund verlautet, daß bei einer eventuellen Friedenskonferenz im Haag die holländische Regierung in der Lage sein wolle, die fremden Diplomaten gut unterzubringen.

W.W. London, 18. Juni. Das Unterhaus nahm einen Kredit von 500 Millionen Pfund Sterling einstimmig an.

„Hamburg und die deutsche Wirtschaft“. In einem dieser Titeltragenden Sonderhefte der von der Zentralstelle des Hamburgischen Nationalinstituts herausgegebenen Wochenchrift „Wirtschaftsdienst“ (Preis des Heftes 1.80 Mk.) wird in zahlreichen Aufsätzen aus den

Gebieten des Überseeverkehrs und Warenhandels, der Wirtschaft und des Finanzwesens die Bedeutung Hamburgs für das deutsche Wirtschaftsleben in volles Licht gesetzt. Die Aufgabe der Veröffentlichung ist, dem binnenländischen Leser ein Bild des Welthandelsplatzes Hamburg zu zeichnen und zugleich den beteiligten Kreisen Gelegenheit zu geben, ihre Ansichten und Wünsche für die Zeit des Wiederaufbaus nach dem Kriege zur Geltung zu bringen.

Unter dem Titel: Zwei Jahre Kriegsgefangenen in West- und Nordafrika ist im Verlage von J. F. Steinkopf, Stuttgart, ein kleines Buch (Nr. 2.50 Mk.) erschienen, in dem eine deutsche Frau Maria Roscher im früheren Zusammenhange über ihre Lebenszeit im französischen Afrika berichtet. Die Verfasserin, die Gattin eines höheren deutlichen Verwaltungsbeamten in Togo, schildert in neun Kapiteln ihren kurzen Aufenthalt in Togo, den Krebsausbruch und ihre Gefangennahme in Lome, ihre Inhaftierung auf einem englischen Gefangenenkloster, ihre Verschleppung nach Dahomey, den Transport nach Nordafrika, die Internierung im Lager zu Medea in Algiren und zuletzt ihre Gefangenschaft in Südfrankreich. In ruhiger und sachlicher Darstellung hat Maria Roscher hier ein Buch geliefert, das im Besonderen des Soldaten und in der Bedeutung überwindener Schmerzen mehr gibt als laute Klage, das uns aber auch zeigt, mu welcher Liebe die Auslandsdeutschen an den deutschen Kolonien hängen.

Schlesien.

Die Offizierskleiderarten.

W.W. Die Kleiderarten der Offiziere und der anderen Heeresangehörigen, die sich selbst mit Bekleidung versorgen, haben für den Kauf von Web-, Wirt- und Strickwaren aus dem Handel keine Gültigkeit. Gewerbetreibende sind hiernach nicht berechtigt, Kleiderartenabschnitte entgegenzunehmen, um z. B. Kopfschüzer, Taschentücher, Handtücher, Strümpfe, Socken und Unterhosen darauf zu verarbeiten. Nur Tuchwaren (einschl. Feldmützen) und Schuhen können Offiziere und sonstige Inhaber von Kleiderarten bei Schneidern, Mähermachern und Schuhmachern bestellen. Diese fordern die Tuchsachen und das Schuhwerk auf Grund der ihnen von den Bestellern einzuhändigenden Kleiderartenabschnitte bei dem für ihren Wohnort zuständigen Bekleidungsamt an, entweder in fertigen Stücken, oder, was die Regel bilden wird, in Stoffen oder Zuschnitten, um fertige Stücke abzuändern oder aus den Stoffen usw. Stücke nach Maß zu fertigen.

Die Lieferung von Schuhwaren an Heeresangehörige, die keine Kleiderkarte besitzen und bürgerliche Bekleidung tragen müssen, darf nur auf Grund eines Schuhabaufschusses erfolgen, über dessen Erteilung demnächst besondere Bestimmungen durch die Reichsstelle für Schuhversorgung ergehen.

[Auffinden eines Vermissten] ch. Hirschberg, 18. Juni. Der seit dem 2. Januar im Gebirge vermisste 16jährige Schüler Jaeschke ist gestern aufgefunden worden. Bei einer militärischen Patrouillenübung im Hochgebirge fand man die Leiche in lauernder Stellung in einem Gebirg im sogenannten Löwenrunde, der sich vom Dhabhang der Koppe in südlicher Richtung nach der Mohornmühle zu zieht. Der Verunglückte ist der einzige Sohn des im Felde stehenden hiesigen Oberstabsarztes Dr. Jaeschke.

* Gubrau, 17. Juni. Die Sammlung zur Ludendorff-Spende aus den Landgemeinden des Kreises Gubrau ergab bis zum 15. Juni 52 555 Mark. — Bereits im vorigen Jahre hat sich hier ein Prinzipalenzsammler aufgeführt unter der Leitung des Apothekenbesizers Köbel gebildet, dessen zielbewusste und praktische Organisation nunmehr von der Regierung für die ganze Provinz empfohlen und eingeführt werden soll, da sie den kürzesten Weg zur sicheren Einbringung unserer heimischen Kräfte bildet.

a. Glatz, 18. Juni. In der Nacht zum 15. d. M. wurden durch Einbruch in hiesigen Kreishaus aus dem Gewächshaus der Kreisverwaltung eine größere Menge Zuckermarke und ein kleiner Geldbetrag gestohlen. Der Landrat hat auf die Ermittlung des Täters bezug, die Wiedererlangung der gestohlenen Marken eine Belohnung von 500 Mark gesetzt.

o. Kattowitz, 18. Juni. Nach einem sehr schön verlaufenen Vormittag zog gegen 3 Uhr nachmittags aus südwestlicher Richtung ein Gewitter auf, das von etwa halbständigem Regen begleitet war. Im weiteren Laufe des nachmittags folgten noch weitere Gewitterregnen.

* Breslau, 19. Juni. Die Breslauer Gemeindesteuern für 1918 haben, wie der Magistrat bekannt gibt, die Genehmigung des Regirungs-ausschusses und die Zustimmung des Oberpräsidenten erhalten. Es werden also erhoben: als Gemeindegroßsteuer 3,70 vom Tausend des gemeinen Wertes der Grundstücke, entsprechend 189,90 Prozent der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer; 240 Prozent der staatlich veranlagten Gewerbesteuer in Klasse I, 200 Prozent der staatlich veranlagten Gewerbesteuer in Klasse II/IV, 207 Prozent Zuschlag zur Staatssteuereinkommensteuer.

— Aus den Polizeilichen Meldungen. Geführt wurden: am 17. Juni, nachmittags 3—5 Uhr aus einer Wohnung Alsenstraße 1700 Mark in Gold, drei goldene Damenuhren mit Ketten, ein goldenes Armband, zwei goldene Broschen, zwei goldene Trauringe und verschiedene andere Dinge, sodann vier Sparfläschchen und eine Kassetten mit Wertpapieren; ferner Waren im Werte von 8700 Mark in der Nacht zum 17. aus einem Geschäft Neudorfstraße 37/38. Es befanden sich darunter ein Duzend Sportbänder, zwei Duzend Oberhemden, drei Duzend Röcke, ferner in größerer Anzahl Socken, Sportgürtel, Hosenträger, Kragen, Winterhandschuhe, Kravatten, Kragenschoner, seidene Halzhüher, eine Menge Stroh- und Filzhüte. Am 17. Juni vormittags 7 Uhr wurden aus Bodenammern im Hause Herzogstraße 27 von Einbrechern gestohlen ein Saal mit Wäscheleinen, acht Herren- und zwei Damenhemden, fünf Herrenunterhosen, ein Bettuch, ein Badetuch, zwei Handtücher, ein Vorhang usw., in der Nacht zu Mittwoch aus einem Stall am Kaiser-Wilhelm-Platz neun Kaninchen, ein Hahn und sechs Kübner.

— Aus dem dritten Stock des Hauses Adalbertstraße 24 stürzte am 17. ein dreijähriges Mädchen, das in der Wohnung allein war und zum Fenster sich zu weit hinauslehnte, ab auf den Hof. Es erlitt Verletzungen am Kopf und den Schultern und ist daran im Krankenhaus verstorben.

— Töblich umgefahren wurde am Dienstag nachmittags auf der Reichstraße die 59 Jahre alte Witwe Anna Verfert durch die Frau geradezu in den Wagen, der langsam fuhr, hinein. Die Leiche wurde ins Schaubaus übergeführt.

* Ostrow, 18. Juni. Der Vorstand der städtischen Sparkasse beschloß in seiner gestrigen Sitzung, den während des Krieges geborenen Kindern von Kriegsteilnehmern ein Sparbuch mit einer Spareinlage von 3 Mark als Geschenk zu überweisen.

ob. Bromberg, 18. Juni. Größere Größere Größere Größere gelangten vor der hiesigen Strafkammer zur Verhandlung. Die unbescholtene Elisabeth Gaale aus Breslau und der Kaufmann Hermann Gempert aus Hannover waren wegen Vergehens gegen die Gerichtsverordnungen und Übertretung der Höchstpreise angeklagt. Sie hatten in den Jahren 1916 und 1917 aus dem Kreise Jmin beschlagnahmte Gerichtsprühe aufgekauft und ausgeführt, wobei die Gaale noch die Höchstpreise überschritten hatte. Das Urteil lautete gegen die Gaale auf achttausend Mark, gegen Gempert auf 200 Mark Geldstrafe.

Handelsteil.

Reichsbankausweis.

Unter der Einwirkung der Vorbereitungen auf den Halbjahresabschluss erfuhr die gesamte Anlage der Reichsbank eine Steigerung um 630,1 Millionen Mark auf 15 046,9 Millionen Mark, davon die bankmäßige Bedienung allein eine solche um 627,8 Millionen auf 14 936,7 Millionen Mark. Auf der anderen Seite zeigten die fremden Gelder eine Zunahme um 540,7 Millionen Mark auf 7004,7 Millionen Mark, so daß die tatsächliche Neuanspruchnahme der Bank — gemessen an den Bewegungen der Anlage und der fremden Gelder — sich auf 59,4 Millionen Mark stellt.

An Banknoten wurden in der Berichtwoche 7,9 Millionen Mark in den Verkehr gegeben, während in der entsprechenden Woche des Vorjahres 31,1 Millionen Mark zur Bank zurückgefloßen waren; der gesamte Notenumlauf bezifferte sich damit am 15. Juni

